

„Forderungen an die Europapolitik“

Ergebnisse des Beteiligungsprozesses zur Bundestagswahl 2021 Arbeitspapier der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung / Januar 2021

Die nächste Bundesregierung und der Deutsche Bundestag müssen sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Förderung von Frieden und Menschenrechten zum Leitmotiv ihrer Innen- und Außenpolitik machen.

Die Europäische Union bildet ein einzigartiges Friedensprojekt, das autoritären Nationalismus im Zaum hält. Die Mitgliedstaaten teilen gemeinsame Werte, allen voran Frieden, Freiheit, Solidarität, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. An ihnen müssen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten im Inneren und ebenso in der Außen- und Nachbarschaftspolitik orientieren. Die EU war und ist für viele zivilgesellschaftliche Akteure in Europa und im globalen Süden eine wichtige Unterstützerin. In einer Zeit, wo immer mehr Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsaktivist*innen eingeschränkt werden, muss die EU diese mehr denn je fördern und schützen.

Deutsche Europapolitik muss eine Stärkung des Multilateralismus, allen voran der Vereinten Nationen, ihrer Institutionen, unter anderem des Menschenrechtsrats, der Peacebuilding Commission, des Entwicklungsfonds und des Flüchtlingshochkommissariats und ihrer Regionalorganisationen, insbesondere der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ins Zentrum stellen.

Europäische Politik am Frieden ausrichten und Instrumente für zivile Konfliktbearbeitung stärken

Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der EU

- für eine substanzielle Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung einsetzen. Dafür braucht es eine Verdreifachung der Mittelansätze für die im früheren Instrument für Stabilität und Frieden enthaltenen Aufgaben im Bereich der Prävention, Eindämmung und Nachsorge von Gewaltkonflikten
- für die Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes und dessen Fähigkeiten für Frühwarnung und Mediation stark machen, und
- darauf hinwirken, dass zivile EU-Friedensmissionen in angemessener Weise mit Mitteln und Personal ausgestattet werden, so dass sie einen Beitrag für die Prävention von Gewaltkonflikten, Friedenserhaltung und zum Aufbau von Institutionen der Rechtsstaatlichkeit und friedlichen Streitbeilegung in Krisenregionen leisten können.

Die Europäische Union muss Friedensförderung und Konfliktsensibilität zum Ziel für alle Politikfelder machen. Dazu sollte sich die nächste Bundesregierung für die Verabschiedung eines europäischen Konsenses zur Friedensförderung einsetzen. Zu Umsetzung in die Praxis sollten in den Generaldirektionen Stabsstellen für Konfliktsensibilität und Friedensförderung eingerichtet werden, damit sichergestellt wird, dass alle Politikfelder auch beispielsweise im Bereich Handel-, Agrar- oder Migration Frieden fördern und nicht Konflikte verschärfen oder gar eskalieren.

Eine solidarische und friedensstiftende Nachbarschaftspolitik der EU

Es braucht eine solidarische und friedensstiftende Nachbarschaftspolitik der EU. Dies gilt vor allem für die östliche Partnerschaft. Hier kann sie im Zuge von Beitrittsversprechen notwendige Reformprozesse mitgestalten. Auch die Kooperationen mit den Staaten in Nordafrika, der Sahelregion und dem Nahen Osten müssen solidarisch gestaltet werden. Dafür braucht es eine Reform der EU- Finanz-, Klima-, Agrar-, Außenwirtschafts- und Migrationspolitik.

Die gemeinsamen europäischen Institutionen OSZE und Europarat bilden im Zusammenspiel mit der EU wichtige Grundlagen einer multilateralen Weltordnung. Sie zu stärken muss Ziel deutscher Europapolitik sein. Allen voran das Generalsekretariat und Konfliktverhütungszentrum der OSZE in Wien, das Hochkommissariat für nationale Minderheiten und der OSZE Schiedsgerichtshof müssen finanziell und personell besser ausgestattet werden, um ihre friedensfördernden Aufgaben regelmäßig erfüllen zu können.

Europäische Entwicklungspolitik an den Zielen für nachhaltige Entwicklung ausrichten

Die nächste Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Frieden, Menschenrechte und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung leitende Prinzipien der Entwicklungspolitik sind. Etats für Entwicklungszusammenarbeit, Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie Zivile Konfliktbearbeitung müssen deutlich erhöht werden und entsprechend den ODA-Kriterien uneingeschränkt für Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung, Bildung, Gesundheit und Friedensförderung verwendet werden. Diese Mittel dürfen nicht für sicherheitspolitische Aufgaben, Grenzschutz oder Migrationsabwehr zweckentfremdet werden.

Flüchtlingspolitik gemeinsam und menschenrechtskonform gestalten

Die nächste Bundesregierung muss sich für eine europäische Flüchtlings- und Asylpolitik einsetzen, die Menschenrechte und internationales Recht einhält. Alle Schutzsuchenden müssen ein faires Asylverfahren in Europa und eine menschenwürdige, sichere Unterbringung erhalten. „Vorprüfungen“ an den Außengrenzen Europas verstoßen gegen geltendes Völkerrecht. Die EU sollte zudem zivile Seenotrettung ermöglichen und sicherstellen, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich daran beteiligen, nicht behindert werden.

Europäische Rüstungsexportkontrolle strenger und verbindlicher regeln

Die nächste Bundesregierung muss sich für eine rechtsverbindliche, restriktive europäische Verordnung zur Rüstungsexportkontrolle einsetzen, die sicherstellt, dass Waffen und Rüstungsgüter aus dem Gebiet der EU nicht an Diktaturen und Regime geliefert werden, die Menschenrechte missachten und nicht in Krisen- oder Kriegsgebiete gelangen. Sie muss sich außerdem dafür einsetzen, dass die Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts für Rüstungsexporte nationales Recht überführt werden.

Deutsche und Europäische Militärhilfe auf den Prüfstand stellen

Die nächste Bundesregierung muss die Militärkooperationen mit Drittstaaten grundsätzlich auf den Prüfstand stellen. Das gilt sowohl für die von den EU-Mitgliedstaaten geplante sogenannte „Europäische Friedensfazilität“ als auch für vergleichbare Programme der Mitgliedsstaaten, also auch für die bilaterale deutsche sogenannte ‚Ertüchtigungsinitiative‘. Diese Programme bergen erhebliche Risiken für Menschenrechte, fördern Korruption und tragen in vielen Fällen zur Eskalation von Gewaltkonflikten bei, statt substantielle Beiträge zu Frieden und Stabilität zu leisten.

Zivile Konfliktbearbeitung in Europa stärken

Innengesellschaftliche Konflikte und Polarisierung nehmen auch in Europa zu und gefährden das europäische Projekt. Die nächste Bundesregierung muss sich für ein neues EU-Programm zur innergesellschaftlichen und kommunalen Konfliktbearbeitung einsetzen. Ein solches Programm sollte die Kompetenzen zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure in Ziviler Konfliktbearbeitung stärken und auf diese Weise Beiträge demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Extremismus leisten.

Aufarbeitung des europäischen kolonialen Erbes als Friedensprojekt

Die europäischen Staaten und ihre Gesellschaften müssen eine offene und ernsthafte Aufarbeitung des kolonialen Erbes wagen. Nur wenn Europa sich seiner Schuld und Verbrechen der Kolonialzeit offen stellt, kann eine gleichberechtigte Partnerschaft beispielsweise mit der Afrikanischen Union und ihren Mitgliedsstaaten entstehen. Die nächste Bundesregierung sollte sich für eine europäische Debatte unter den Mitgliedsstaaten einsetzen und eine europaweite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe fördern.